

Woher kamen wir, wo stehen wir? Eine Bewertung der Leistungen der PT und der Regierung Lula.

Gilberto Maringoni und João Sicsú

Die Krise, von der die brasilianische Regierung derzeit betroffen wird, ist Zeichen einer strategischen Niederlage der gesamten brasilianischen Linken. Darüber hinaus weist sie Konturen einer tiefgreifenden systemischen Krise vor. Der Misskredit, in den die demokratischen Institutionen geraten sind, entsteht aufgrund der geringen Übereinstimmung zwischen dem von den Bürgern abgegebenem Votum und den offiziellen wirtschaftlichen Richtlinien. Diese werden als unantastbar dargestellt, und entsprechen den Parametern des „Marktes“. Und trotz alledem, ist die Wirtschaft bei weitem nicht so solide wie versprochen.

1. Die Krise, die in jüngster Zeit über die PT und die Regierung Lula hereingebrochen ist, weist zwei Grundmerkmale vor: Sie zeichnet sich als eine strategische Niederlage für die gesamte brasilianische Linke ab, von ihren radikalsten Segmenten bis zu den moderatesten, und sie gewinnt Konturen einer tiefgreifenden institutionellen Krise. Folglich haben, neben dem Präsidenten der Republik und seiner Partei, die demokratischen Kreise der brasilianischen Gesellschaft die größten Verluste aus diesem jüngsten politischen Wirbel zu verzeichnen.
2. Diese Niederlage ist nicht so sehr auf die jüngsten Korruptionsanzeigen zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Tatsache, dass sie die Unrealisierbarkeit der Vorstellung zutage bringen, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit den vonseiten des Finanzkapitals und des „Marktes“ diktierten Regeln zur Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in Einklang zu bringen.
3. Strategische Niederlagen sind solche, in denen eine bestimmte Taktik und eine bestimmte Strategie, vor der Realität zur Probe gestellt, versagen oder selbst, wie bei dem aktuellen Fall, einen Rückfall bedeuten. Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, dass die brasilianische Linke mindestens zwei strategische Niederlagen während des 20. Jahrhunderts erlebte.

4. Die erste kam 1935 zustande, bei dem mißglückten insurrektionellen Aufstand unter der Führung der Kommunistischen Parte Brasiliens (PCB) und der Anleitung der III. Internationalen. Es gab eine unrichtige Einschätzung der Machtverhältnisse der sich entgegnenden Kräften, sowie der gesellschaftlichen Verwurzelung innerhalb der Regierung des Präsidenten Getúlio Vargas. Ein Teil der Führung der PCB wurde getötet, ein anderer mußte ein dramatisches Jahrzehnt im Kerker erleiden. Als die Kommunistische Partei 1945 wieder auftauchte, hatten sich die Umstände stark gewandelt, und die insurrektionelle Taktik wurde aufgegeben. An ihrer Stelle entschied man sich für einen demokratischen und reformistischen Weg, im Sinne einer Kräftesammlung innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Segmenten.
5. Dieser Weg kannte viele Nuancen, bald breiter angelegte, bald sektiererischere. In der sogenannten Märzerklärung von 1958, vertrat die PCB folgende neue These: „Unter den gegenwärtigen Umständen unseres Landes, entspricht die kapitalistische Entwicklung den Interessen des Proletariats und des gesamten Volkes. [...] Die Revolution ist in Brasilien nicht eine sozialistische, sonder eine antiimperialistische und antifeudalistische, nationale und demokratische.“ Von da an versuchte die Linke, vertreten durch die PCB, Allianzen mit den nationalistischen Sektoren der Bourgeoisie aufzubauen, um gegen den Imperialismus anzutreten, und vermied heftigere Auseinandersetzungen.
6. Eine neue Niederlage kam 1964, mit dem Militärputsch. Kein bedeutender Sektor der brasilianischen Unternehmerschaft stellte sich denjenigen zur Seite, die Widerstand leisten wollten. Es ist durchaus möglich, dass es zu jener Zeit schwierig gewesen wäre, den Putsch zu verhindern, in Anbetracht des externen und internen Szenarios eines akzentuierten Wachstums der Rechten. Doch sowohl die Taktik wie die Strategie der Anhänger der PCB erwies sich als ungangbar. Im Umfeld einer tiefgreifenden Niederlage, inmitten der Verhaftungen und Verfolgungen der folgenden Jahre, verständigt sich die brasilianische Linke nicht auf eine gemeinsame Erklärung der Ursachen und der Folgen dieser Ereignisse, und es kommt zu Spaltungen.
7. Damals wurden zwei Taktiken erarbeitet. Die eine, offiziell von der PCB vertreten, sprach von einer erneuten Kräftesammlung. Eine andere, die von einigen kleineren Gruppierungen rechtfertigt wurde, die in

ihrer Mehrzahl aus der Partei entsprungen waren, setzte sich für den Versuch eines Kampfes mit der Waffe ein. Die übermäßig bekannten Folgen der zweiten Option waren für alle verheerend.

8. Erst 16 Jahre nach dem Putsch zeigte die brasilianische Linke wieder ihre Fähigkeit, sich erneut zu vereinen, und zwar 1980, im Rahmen der stärksten sozialen Bewegung unserer Geschichte. Ein Großteil der brasilianischen Linken kam zu einer parteilichen Wiedervereinigung innerhalb der Arbeiterpartei PT.
9. Die zwei strategischen Niederlagen des 20. Jahrhunderts kamen vor allem auf militärischen Terrain zustande, und ihre Folgen waren Gefangenschaft, Folterung, Exil und Mord. In der Mehrzahl blieb die brasilianische Linke aufrecht nach dem Fall. Sie war besiegt worden, bewahrte aber einige Repräsentativität, bei vollständiger politischer und moralischer Autorität. Ab der Regierung Lula da Silva, kam es zu einer qualitativ andersartigen Niederlage. Sie kam anfänglich dadurch zustande, dass die Wirtschaftspolitik und der wirtschaftliche Diskurs der politischen Gegner übernommen wurden. Danach, durch die Enthüllung von Korruptionsaffären, Veruntreuung öffentlicher Mittel, Bildung von Gruppen mit suspekten Interessen und so weiter, und so fort. Es war eine Niederlage über dem Weg der Demoralisierung, und brachte ungeheure politische Kosten mit sich. Wie lange die Überwindung dieser Situation auf sich warten lassen wird ist bis heute eine große Unbekannte.
10. Allerdings weist die derzeitige Krise auch positive Aspekte auf. Die Untersuchung ihrer Natur kann uns zeigen, was genau sich derzeit im Untergang befindet. Die Regierung Lula ist nicht ausschließlich eine von der Linken gewählte Regierung, die sich im Untergang befindet. Von der Linken gewählt, regiert sie wie die Rechte: politisch konservativ und wirtschaftlich liberal. Sieht man von wenigen sekundären Details ab, sind die politische Praxis und die wirtschaftlichen Ziele exakt die gleichen der Rechten, die das Land während der letzten Jahre regierte.
11. Aber welcher Art ist diese Regierung eigentlich? Eine Untersuchung der sukzessiven Programme der PT, also der Partei, die den Kern der jetzigen Verwaltung bildet und ihre parlamentarische Basis leitet, führt uns nicht sehr weit. Und dies ist nicht nur so, weil die Verwaltung des Bundes wenig Ähnlichkeit mit den internen Debatten der

PT vorweist, sondern weil das, was jetzt in Brasilien in die Praxis umgesetzt wurde, ein Abenteuer ist. Sein wichtigstes Merkmal war der Bruch mit dem Kurs, mit der Geschichte und mit der sozialen Basis der PT.

12. Dieses Abenteuer wird pragmatisch von der hegemonischen Gruppe der PT geführt, die mit der Unterstützung einer breiten Basis innerhalb und außerhalb der Partei rechnen konnte. Allerdings handelte es sich nicht um ein durch extreme Gesten oder Handlungen motiviertes Abenteuer, wie es diejenigen waren, in die ein Teil der brasilianischen Linken in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stürzte. Es handelt sich um das genaue Gegenteil. Es ist ein "Abenteuer der Moderation", weil es davon ausging, es sei möglich, mit den vorgefundenen Problemen weiter zusammenzuleben, ohne sie zu lösen. Ein solches Abenteuer zielt wesentlich darauf, „das Leben wie es ist“ zu reproduzieren, ohne auch nur minimale Veränderungen zu wagen. Ändern war nicht vonnöten, lediglich regieren tat Not.
13. Die Strategie der PT drehte sich seit 1994 um die Wahl Lulas zum Präsidenten der Republik. Dieses Ziel wurde 2002 erreicht. Jetzt ist die Wiederwahl 2006 das Ziel. Der einzige Ehrgeiz liegt darin, mit mehr sozialem Feingefühl als die PSDB (die Partei von Fernando Henrique Cardoso, Lulas Vorgänger) zu regieren. Regieren mit einem effizienteren Programm, wie „Null Hunger“ oder „Familienstipendium“, ohne die Logik der orthodoxen makroökonomischen Politik zu ändern, in Verbindung mit fokussierten sozialpolitischen Maßnahmen.
14. Die Umstände des Wahlkampfes von 2002 stellten dem damaligen PT-Kandidaten ein Dilemma. Das Panorama zum Ende des ersten Halbjahrs 2002 zeigte eine Erpressung der brasilianischen Wirtschaft durch die sogenannten Finanzmärkte, durch Inflation, Kapitalflucht und ein virtuelles Default vonseiten Brasiliens. Auf politischer Ebene kam es vonseiten der Gesellschaft zu einer Ablehnung derjenigen Politiker, die in den vorangegangenen acht Jahren das Land auf den Weg suspekter Privatisierungen geführt hatten, sowie einer beinahe Stagnation der Wirtschaft, einen Abbau der Arbeitnehmerrechte und einer Verringerung der Möglichkeiten für produktive unternehmerische Tätigkeiten.
15. Lula wurde mit 52 Millionen Stimmen zum Präsidenten Brasiliens gewählt und bekam dadurch eine politische Unterstützung wie kein anderer Politiker dieses Landes sie während der letzten 40 Jahre

vorweisen konnte. Der ehemalige Gewerkschaftsführer der Metallarbeiter wurde gewählt, um die Dinge zu ändern, während einer Periode geringer Mobilisierung der Bevölkerung und starkem Druck im Sinne der Kontinuität der vorherrschenden Wirtschaftspolitik. Ambiguitäten zeigten sich schon während des Wahlkampfs. Selbst der „Brief an die Brasilianer“ zeugt von einer unheilbaren Dichotomie: dem Volk wurden Veränderungen versprochen, dem Markt, Kontinuität.

16. Unter solchen Umständen wäre für eine Partei der Linken nur eine Politik des Bruchs mit den vorherigen Richtlinien sinnvoll. Denen, die diese Vorstellung ablehnen, muß gesagt werden, dass ein Bruch mit einer bestimmten allgemeinen Orientierung gemeint wird, d.h., mit einem bestimmten Endziel. Die Taktik, um einen solchen Bruch zu bewerkstelligen, müsste nicht notwendigerweise brüsk sein, auch nicht durch Erschütterungen und Schrecken gekennzeichnet. Ein solcher Bruch bedeutete 2002/03 (und bedeutet auch heute noch) eine Richtungsänderung, die durchaus sanft durchgeführt werden könnte, oder auch durch eine Wende um 180 Grad. Allerdings wäre die beste Taktik der Einsatz einer großen Flexibilität, einer prozessualen Verhandlung mit den wirtschaftlichen und politischen Akteuren, unter Bewahrung der Möglichkeit von Konfrontationen, wenn nötig. Trotzdem könnte man den Aspekt des Bruchs bei dieser neuen Regierung nicht elidieren. Es war eine historische Chance: ein Präsident mit großem politischen Kapital, eine organisierte und gesellschaftlich verwurzelte Partei, und ein Großteil der Gesellschaft, die nach Veränderungen ruft. Hier wäre, mehr als je, die taktische Flexibilität des Verhandeln angebracht, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer antikonservativen und antiliberalen strategischen Strenge. Es war der Augenblick, in dem die Regierung hätte handeln sollen, um den Staat wiederaufzubauen und die Republik zu konsolidieren.

17. Allerdings ist das alles keinesfalls leicht. Ende 2002, nach dem Wahlsieg, beschreibt bei einem Interview der derzeitige Vorsitzende der BNDES (die nationale Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung) und ehemaliger Planungsminister, Guido Mantega, die Absichten der neuen Regierung mit folgenden Worten: „Wir suchen einen effizienteren, humaneren Kapitalismus. Keinen wilden Kapitalismus, mit Einkommenskonzentration.“ (*Exame*, 21.11.2002). Anscheinend wollte Mantega in Brasilien ein an die Sozialdemokratie angelehntes Projekt

einführen, etwas ähnliches mit dem, was in Westeuropa nach Kriegsende zustande kam. Indessen gab es vonseiten der PT-Regierung keine deutliche Formulierung dieser Politik.

18. Da sich diese Regierung nie als sozialistisch bekannte, ist es durchaus möglich, in Anbetracht der Entwicklung der PT während der letzten Jahre, dass das gedachte Konzept ein sozialdemokratisch angehauchtes, reformistisches Projekt war, eine Art verschämter dritter Weg. Es muss aber wiederholt werden, dass dies nur eine Vermutung ist, da die Regierungsprogramme der PT nie kristallklar formuliert waren.
19. Man müsste eine zusammenfassende Wertung der Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg vornehmen. Hier geht es nicht darum, ihren Ursprung als Ableger der sozialistischen Bewegung von Ende des 19. Jahrhunderts zu untersuchen, sondern es geht um die Überprüfung der eigentlichen Bedeutung der real existierenden Sozialdemokratie.
20. Als Ergebnis des Zusammenbruchs der osteuropäischen Regime und der defensiven Stellung, zu der das, was sich die „kommunistische Bewegung“ nannte, gezwungen sah, wurde die Untersuchung der Krise der Sozialdemokratie vernachlässigt. Da die Parteien aus dieser Richtung nicht verschwunden sind – im Gegenteil, sie haben in der Zwischenzeit viele Wahlen in zahlreichen bedeutenden Ländern gewonnen –, wird über die tiefgreifenden Probleme dieser politischen Richtung nicht gesprochen. Die klassischen sozialdemokratischen Parteien, mit solider gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Basis – wie die Sozialistische Partei Frankreichs oder Spaniens, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die englische Labour Party, oder die italienische PDS (Nachfolgepartei der PCI) – zucken in theoretischen und politischen Krisen, oder erleben selbst ernsthafte Krisen bei verschiedenen Wahlgängen.
21. Welche waren die Vorhaben der sozialdemokratischen Parteien, in der Zeit, in der sie über Kraft und Achtung verfügten? Zusammenfassend ausgedrückt, ging es ihnen um eine Reform des Kapitalismus, ohne mit ihm zu brechen, durch Übernahme der arbeitsrechtlichen und sozialen Leistungen unter der Rubrik der laufenden Kosten des Systems, zwecks Aufbau einer egalitäreren Gesellschaft. Anders ausgedrückt ging es ihnen darum, die Fahne der Abschaffung des Privateigentums der

Produktionsmittel gegen die der Demokratie, des Zugangs zu Bildung, Gesundheit, Kultur, und Freizeit, auszuwechseln.

22. Eine solche Politik war nur während einer historischen Periode tragfähig, in der die Wirtschaft der USA im Verlauf der Krise von 1929 gleichsam zusammenbrach, eine Zeit in der Europa und ein Großteil Asiens durch zwei Weltkriege zerrissen wurden, und in der eine tiefgreifende soziale Revolution in Rußland zustande kam. Als es darum ging, die Ursachen der zyklischen Krisen des Kapitalismus zu bekämpfen, beobachtete man, dass es unmöglich sein würde, die Funktionsweise des Systems ausschließlich vom freien Spiel der Kräfte auf dem Markt abhängen zu lassen.
23. Wenn wir auf die Suche nach Beispielen entlang der Geschichte gehen, so werden wir beobachten, dass die einzigen einigermaßen erfolgreichen Versuche einer „Humanisierung“ des Kapitalismus durch die Anwendung, während der dreißiger Jahre, einer vom englischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes inspirierten Politik zustande kamen, sowie später und vor allem, durch den Aufbau nach 1945 des sogenannten Wohlfahrtsstaates in einigen westeuropäischen Ländern. Um das System selbst zu retten, war es vonnöten, dass der Staat auf die Szene trat, als mächtiger Planer und Stifter des Wirtschaftswachstums, wodurch die Praxis der liberalen Wirtschaftspolitik aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Haufen geworfen wurde. Der Keynesianismus sah für den Kapitalismus keinen Ausweg über die Wege des *Laissez-faire*.
24. Es erwies sich als notwendig, eine antizyklische Politik zu planen, und dazu kam es mit Verweis auf den Keynesianismus. Es kam also zu einer „Humanisierung des Kapitalismus“ (die von vielen als zaghaft angesehen wurde), als es in vielen Ländern praktisch keine andere Optionen für das Überleben des Systems gab, und als es einer realen Bedrohung vonseiten der UdSSR, der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt und der Macht der Arbeiterbewegungen ausgesetzt wurde. Obwohl Sozialdemokratie und Keynesianismus zwei unterschiedliche Phänomene sind, gab es Konvergenzen unter ihnen, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg. So wurde in den drei Jahrzehnten nach Kriegsende (1945-1975) eine „Humanisierung“ einiger Aspekte des Kapitalismus in einigen, vor allem westeuropäischen Ländern ermöglicht.

25. Als dieser Zyklus aufgrund verschiedener Ursachen zu Ende kam, verringerten sich die Überschüsse, nahm die Wucht der sozialen Bewegung ab, so dass in den meisten dieser Länder seither der Vormarsch einer restriktiven Wirtschaftspolitik beobachtet werden kann. Als es dazu kam, geriet der sozialdemokratische Versuch einer Reform des Kapitalismus in die Krise. Zusammenfassend: der Kapitalismus „humanisierte“ sich unter einem Druck, der so stark war, dass er die eigene Existenz des Kapitalismus in Frage stellte. Der Kapitalismus „humanisierte“ sich aus Angst davor, nicht weiter als Kapitalismus existieren zu können.
26. Die klassische Sozialdemokratie ist also ein historisches Phänomen, das aufgrund bestimmter zeitgeschichtlicher Umstände erfolgreich war. Die heutigen sozialdemokratischen Parteien tragen nur noch das Etikett der „goldenen Jahre des Kapitalismus“. Sie setzen politische Maßnahmen einer steuerlichen und monetären Restriktion um, sowie Programme zur Privatisierung staatlicher Unternehmen und zur Begünstigung des Finanzkapitals. Ziele wie die Vollbeschäftigung, die Konsolidierung eines Sozialnetzes für die Arbeitnehmer und einer gerechteren Einkommen- und Vermögensverteilung, wurden hintan gesetzt.
27. Mit dem Bankrott sowohl des real existierenden Sozialismus, wie der Sozialdemokratie, kam es Ende der neunziger Jahre zu den Theorien der *progressive Governance* und des „dritten Weges“. Nach einem Entwurf des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und des britischen Premiers Tony Blair, entstand der „dritte Weg“ als eine Art *aggiornamento* der Sozialdemokratie. Eine Art Neoliberalismus in humaner Gestalt.
28. Die PT näherte sich dieser Strömung im gleichen Jahrzehnt, und zwar über die Praxis der Verwaltung in den von ihr gestellten Gemeinderegierungen, durch den Einsatz einer vom buchhalterischem Gesichtspunkt geleiteten Steuerpolitik und einer fokussierten Sozialpolitik, die mit den Überresten des Haushalts finanziert wurde. Ferner wurden kosmetische Reformen angeregt und vage linke Diskurse vorgetragen. Während der neunziger Jahre hatte die PT in der Praxis die Ideen des Sozialismus schon verworfen, und, obwohl die Partei sich auch schon von der Konzeption der alten europäischen Sozialdemokratie entfernt hatte, wurden ihre allgemein gehaltenen Diskurse weiterhin auf umgekehrte Weise, also im Sinne einer Annäherung interpretiert.

29. Möglichensfalls unabsichtlich, bewegte sich die PT in die Richtung des „dritten Weges“, zur gleichen Zeit, als sie sich der Sozialistischen Internationale annäherte, durch Sponsoring eines entleerten Treffens in São Paulo, im Jahr 2003. Und die Partei um Lula hatte bei ihrem Gang auf dem „dritten Weg“ einen Vorteil gegenüber anderer Parteien, wie die PSDB: eine solide gesellschaftliche und gewerkschaftliche Basis, die ihr bei der Annäherung an die europäischen Parteien sehr behilflich war.
30. So führte der „Transformismus“ der PT, entlang der letzten Jahre, die Partei dazu, die letzte der mit der Sozialdemokratie verwandten Parteien zu sein, die sich dem liberal-konservativen Kredo anpaßte. Da es sich um eine verspätete Anpassung handelte, und da die Partei nie zuvor die entlang Jahrzehnten in Europa gereiften politischen Vorstellungen erprobt hatte, mußte diese Angleichung zügig und intensiv bewerkstelligt werden. Zügigkeit und Intensität sollten Beweise für die Aufrichtigkeit der Konversion sein. In wenigen Monaten der Regierungsausübung vergaß man die noch vorhandene Befangenheit und begann man mit der Wiederholung der Schlagwörter einer Margaret Thatcher aus den achtziger Jahren: „Zeigt uns eine andere Alternative“. Ähnliche Worte wurden vom derzeitigen Finanzminister Antonio Palocci am Anfang seiner Amtszeit geäußert (*Folha de São Paulo*, 21.03.2003).
31. Diese Strategie scheiterte während der fast drei Jahre der Regierung Lulas. Im Bereich der Wirtschaft sind ihre Ergebnisse sehr begrenzt. Im Jahr 2003 war die Arbeitslosenquote 12,5%, im von den Anhängern dieser Regierung hoch gefeierten Jahr 2004 ging sie lediglich auf 11,48% zurück. Im Jahr 2005 erreicht sie, nach Angaben des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik IBGE, weiterhin durchschnittlich zweistellige Zahlen. Wenn in der Wirtschaft die Ergebnisse so jämmerlich sind, so sind sie in der Politik erbärmlich. Das, was unterging, war jedoch nicht ein Programm der Linken, ein sozialisierendes oder nach altem Brauch sozialdemokratisches Programm, mit bolschewistischem oder gar keynesianischem Einschlag. Es war der Gang vom Transformismus zum Liberalismus, der aufs schärfste kritisiert werden muss. Der Beitritt zu Ideen, Idealen und Praktiken, die vorher als gegnerisch angesehen

worden waren, provozierte den Anfang der Krise und führte zu schweren Erschütterungen der brasilianischen Demokratie.

32. Obwohl die Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Strömungen nicht unwichtig sind, muß bemerkt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Situation den Untergang eines Projektes der Linken sieht. Das gleiche wird unermüdlich von der Rechten und von den Medien wiederholt. Es ist illusorisch daran zu glauben, dass die Ruinen der PT und der Regierung Lulas kurzfristig von weiter links stehenden Strömungen überwunden werden könnten. Diese ist, wie schon anfangs gesagt, eine die gesamte, sowohl die radikale wie die moderate Linke ansteckende Krise.
33. Ferner weist die derzeitige politische Krise bemerkenswerte Veränderungen in ihrer Eigenart auf. Es handelt sich nicht mehr um einen auf die Koalitionspartner beschränkten Korruptionsskandal, vielmehr dehnt sich dieser Skandal aus wie ein Ölfleck auf dem offenen Meer. Es ist eine systemische Krise, vielleicht sogar die schwerste, seit dem Ende der Militärdiktatur, vor zwanzig Jahren. Zwar rufen nicht viele Bürger, aber sie denken: *¡Que se vayan todos!*, wie die Argentinier am Ende der Regierung de la Rúa, alle sollen gehen, die Linken und die Rechten. Es genügt, dass sie Profipolitiker sind.
34. Was anfänglich eine Anzeige gegen einen Beamten der Post war, erreichte bald wichtige Führungskräfte der PT, Mitglieder der Bundesregierung und profilierte Parlamentarier aus den Parteien, welche die Regierung Lulas unterstützen, wie z. B. die PP, PTB, PMDB und PL.
35. Sobald die Untersuchungen eingeleitet wurden, erschienen als Nebendarsteller Unternehmer, Sekretärinnen, ehemalige Ehefrauen, Berater, politische Führungskräfte und die verschiedensten Bürokraten. Es kamen Bankdepots ohne erklärten Ursprung zutage, sowie Abhebungen ohne deutliche Identifizierung der Empfänger, getätigt von Parteien aus der Regierungsbasis, aber auch aus der Opposition, wie die PFL oder die PSDB. Bei Durchsicht dieser Beweise ist es allerdings angebracht den Streu vom Weizen zu trennen, um Unschuldige nicht mit Schuldigen zu vermengen. Aber der Schlüssel zum Verständnis dieser vielarmigen Krake wurde von Präsident Lula, während eines in Paris durchgeführten Interviews geliefert: „Was die PT tat, vom Standpunkt der Wahlkämpfe, ist das, was in Brasilien systematische getan wird“.

36. Im Klartext heißt dies, dass diese die Sachlage ist, wenn es um die Finanzierung von Wahlkämpfen geht und um Abstimmungen im Kongreß. Es gibt eine schwarze Kasse; es gibt vielleicht auch ein „Taschengeld“ für Parlamentarier, ein bezahlter Stimmenfang, wie es die erheblichen Abhebungen beweisen, die zeitlich mit wichtigen Abstimmungen im Parlament zusammenfallen. Im Grunde entlarvt die Krise lediglich die Kosten einer funktionierenden Demokratie *à la* Brasilien. Institutionen haben ihren Preis. Die Wahl einer Regierung oder eines Parlaments, oder die Durchsetzung politischer Entscheidungen im Parlament, sind in Brasilien sehr kostspielige Angelegenheiten. Besonders vom moralischen Standpunkt.
37. Ein Ende dieser schwarzen Kasse oder des „Taschengelds“ würde einen Angriff auf die Funktionsfähigkeit der in Brasilien real existierenden Demokratie bedeuten. Ein Skandal dieser Art bedeutet das Vorhandensein einer institutionellen Krise. Die Legitimität der Institutionen, sowie die der Abstimmungen, die auf ein solches *do ut des* aufgebaut wurden, wurde in Frage gestellt.
38. Nach Meinung der Sponsoren einer solchen Institutionalität, welche die Demokratie auf die *Pressure-Groups* beschränkt und letztendlich die Republik korrodiert, geht es der Wirtschaft dabei sehr gut. Die Profite der Banken steigen in die Stratosphäre, der Fluß des Finanzkapitals nach Brasilien ist sehr bedeutsam, die Inflation verhält sich weiterhin gezähmt – allerdings zum Preis von extrem hohen Zinssätzen – und die makroökonomischen Indikatoren sind positiv, im Sinne, dass sie die Kontinuität des Prozesses begünstigen. So wird das Wirtschaftsmodell gepanzert durch die vom „Kontinuismus“ begünstigten Teilen der Gesellschaft.
39. Allerdings nährt diese Unverwundbarkeit der Wirtschaft auf paradoxe Weise die Diskreditierung der Institutionen. Wenn der Wille des Wählers, wie er 2002 zum Ausdruck kam, nutzlos ist um das, was eigentlich von Interesse ist, zu verändern, wozu dienen dann die 52 Millionen Stimmen, die einem Kandidaten gegeben wurde, der seine Predigt um das Konzept der Veränderungen aufbaute? Dabei ist es unwichtig, ob diese Veränderungen vage oder unbestimmt waren. Das Grundsätzliche lag darin, dass gegen die Regierung Fernando Henrique Cardoso gestimmt wurde. So kommt man zu dem Schluß, dass das

„Taschengeld“, die schwarze Kasse, die Prahlereien und die Gelegenheitsversprechen, Teile einer Fassadendemokratie sind.

40. Selbst solche Institutionen wie der Kongreß werden in einem solchen Szenario zu Fiktionen. Abgeordnete und Senatoren verbringen Monate mit der Debatte des Bundeshaushalts. Nachdem er bewilligt wird, können seine Richtlinien durch einen Entscheid der Zentralbank zunichte gemacht werden, durch Zinserhöhung, durch Verlangen nach einer noch engeren „fiskalischen Klemme“ oder eines höheren Primärüberschusses. Darüber hinaus kann das Finanzministerium Maßnahmen treffen, durch welche die Regierung der Pflicht enthoben wird, den Entscheidungen des Kongresses Folge zu leisten. In Brasilien wirkt der Haushalt lediglich ermächtigend, und nicht verpflichtend.
41. In der Praxis haben wir eine Spaltung zwischen Politik und Wirtschaft, mit naheliegender Schaden für die erste der beiden. Dieses Phänomen ist weder neu noch ausschließlich brasilianisch. Es wurde schon vor einiger Zeit vom slowenischen Philosophen Slavoj Žižek beobachtet: „Wir finden heutzutage eine Reihe von Produkten auf dem Markt, die ihrer bössartigen Eigenschaften entblößt wurden: kaffeinloser Kaffee, fettlose Sahne, alkoholfreies Bier... die Liste ist endlos. Was soll man zum virtuellen Sex sagen, zum Sex ohne Sex, zur Doktrin Colin Powells, zum Krieg ohne Gefallene (auf unserer Seite, klar), zu dem krieglosen Krieg, zu der modernen Umschreibung der Politik als Kunst der kompetenten Verwaltung, also als politiklose Politik“.
42. Die Suche nach einer politischen Sterilisierung scheint eine neue Modalität der Krise in Lateinamerika einzuweihen. Keines der grundsätzlichen Probleme der Mehrheit wird gelöst, die Lebensbedingungen verschlechtern sich, da dieses, auf Stagnation und Konzentration von Einkommen und Verteilung errichtete Wirtschaftsmodell, sich abgesondert von jeder menschlichen Leidenschaft reproduziert, obwohl es weit und breit angefochten wird, sowohl bei den Wahlgängen, wie auch in der Meinung großer Teile der Bevölkerung. Die Wirtschaft entfernt sich von dem politischen Raum, dem eigentlichen Raum der sozialen Auseinandersetzungen. Mit Ausnahme Venezuelas und Argentiniens, wo die Regierungen versuchen, dieses Wirtschaftsmodell in Frage zu stellen, ist dies das in Lateinamerika vorherrschende Panorama. So geschah es beim Sturz von Lucio Gutiérrez

in Ecuador, so ist es bei der geringen Legitimität der Regierung Alejandro Toledo in Peru. Beide wurden im Schwung einschneidender politischer und wirtschaftlicher Beben gewählt, die durch den Verlust an Legitimität der jeweiligen liberalen Wirtschaftsmodelle verursacht worden waren.

43. Wir sollten uns entsinnen. Toledo wurde im April 2001 gewählt, als Führer einer Partei die sich *Perú Posible* nannte, das mögliche Peru, inmitten des Trümmerstaubs der hinweggefegten Regierung Fujimori. Dieser überließ einen korrumpierten Staat und eine Wirtschaftslage, in der drei Viertel der Arbeitnehmer arbeitslos oder unterbeschäftigt waren. Mit seinen indianischen Zügen und einer schneidenden und feurigen Zunge, führte dieser Wirtschaftsfachmann der Weltbank eine Kampagne mit Beschuldigungen und Attacken gegen das vorherrschende Modell.
44. Gutiérrez, seinerseits, kam Ende 2002 an die Regierung Ecuadors, auf dem Rücken des Ruhms, einen Aufstand der indianischen Bevölkerung angeführt zu haben, der zur Absetzung des Präsidenten Jamil Mahuad führte, der zuvor die Wirtschaft dollarisierte und das Land in eine Rezession führte. Gutiérrez ist eine Frucht dieser Krise.
45. Nachdem der Sturm vorbei und das Modell vertieft worden war, befindet sich *big Business* in beiden Ländern wieder wohlauf. Am 9. April verkündet der Internationale Währungsfonds in *World Economic Outlook*, daß beide Volkswirtschaften gesund seien. „In Ecuador wird das Wachstum von einer bedeutenden Zunahme der Erdölexporte angetrieben, und schafft somit ein günstiges Umfeld, damit die Regierung mit ihrer Reformagenda fortfährt“. Gutiérrez wurde elf Tage später abgesetzt, obwohl er davor eine jährliche Inflationsrate von nur 1,2% zur Schau stellen konnte. In der gleichen Veröffentlichung heißt es, daß „in Peru das Wachstum auch eindrucksvoll ist, und die Zentralbank Ende 2004 das vorgesehene Inflationsziel erreichte“.
46. Im Klartext: Das Finanzkapital hat es geschafft, Wirtschaft und Politik voneinander zu trennen, und seine spezifischen Interessen gegen soziale Turbulenzen und politischen Streitigkeiten zu panzern. Die Gewährleistung der Unantastbarkeit von Verträgen und Regelungen garantiert, *per definitionem*, die Verewigung des liberal-konservativen Modells. So sieht die erfolgreiche Praxis aus, welche das Wahlverfahren demoralisiert und der Entscheidungsmacht der

Gesellschaft in wahlfreien Zeiten ein Veto auferlegt. Das Finanzsystem geht nicht zur Wahl, aber es erläßt Vetos, es verwandelt (kauft) Gewissen und „ernennt“ Wirtschafts- und Finanzminister, politische Berater und Präsidenten von Zentralbanken.

47. Diese ist die heutzutage auf dem Kontinent angewandte Formel, zwecks Vermeidung von wirtschaftlichen Veränderungen bei Regierungsübergängen. Somit werden Szenarios des virtuellen Bankrotts eines Landes vermieden, wie es 2002 der Fall in Brasilien war, als die Finanzmärkte, aufgeschreckt durch einen möglichen Wahlsieg der PT, eine gigantische Kapitalflucht veranlassten. Der Dollarkurs ging in schwindelerregende Höhen und das Land kam ins Schlittern.
48. Die PT übernahm eine alte Vorstellung der PSDB: Das Wirtschaftsmodell muß unverändert bleiben; bei Präsidentschaftswahlen streitet man sich nur um den Sachverstand, um das Land zu verwalten. Das Wirtschaftsmodell sei eine Orientierung des Staates, während Kompetenz und soziales Feingefühl Eigenschaften der Regierungen sind. Dieses, während vielen Jahren von der brasilianischen Rechten gehegten Projekt der Pasteurisation der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, unterhält die schwere, durch die Korruptionsskandale zustande gekommene institutionelle Krise. Und dieses Projekt wurde letztendlich am Anfang dieses 21. Jahrhunderts nur durch die Zustimmung derjenigen Gruppierung ermöglicht, die 25 Jahre zuvor als Gegenfigur der Macht der vorherrschenden liberalen Ideen auf die politische Bühne unseres Landes trat, die Arbeiterpartei PT. Hier steckt der große Schaden, der durch die Regierung Lula gegen die politische Bildung von Millionen Menschen angerichtet wird: Es handelt sich um die Aufhebung der Interessen- und Richtungsunterschiede in diesem Lande. Hier liegt der Kern der strategischen Niederlage der brasilianischen Linken: In der Zustimmung zu einer Reihe von bis vor kurzem vermeintlich als gegnerisch angesehenen Ideen und Praxen.
49. Eindeutig stützte sich die Regierung Lula bei der Ausarbeitung ihres wirtschaftspolitischen Modells auf die gleichen theoretischen Fundamente wie die Regierung seines Vorgängers, Fernando Henrique Cardoso. Sie mußte es gar nicht ausarbeiten, nur kopieren. In den ersten Tagen und Monaten der neuen Regierung hatten nur wenige bemerkt, dass es keinerlei tiefgreifende Veränderung bei der Führung

der Wirtschaft geben würde. Heute herrscht Konsens zu diesem Thema; ferner wird dieser „Kontinuumismus“ von der PT als eine „verantwortungsvolle Option“ geschätzt. In der Zeit, als diese Option übernommen wurde, kamen vonseiten der Regierung viele Thesen zutage, um sie zu rechtfertigen, alle reichhaltig mit Metaphern bestückt: „Wir wollen das Rad nicht wieder neu erfinden“, „keine Experimente“, „mit einem Ozeandampfer kann man keine 180 Grad wenden“, oder selbst „die Arznei ist bitter, aber notwendig“ – und viele, die noch an Illusionen glaubten, brauchten lange um zu bemerken, dass diese Arznei nie abgesetzt werden sollte. Jede alternative Richtlinie wäre „populistisch“ und zum Scheitern verurteilt.

50. Das von Cardoso und Lula befürwortete Wirtschaftsmodell steht auf einem Dreifuß: (a) fluktuierender Wechselkurs und volle Mobilität des Kapitals (also, finanzielle Liberalisierung), (b) festgelegte Inflationsziele und Autonomie der Zentralbank, (c) festgelegte Ziele für den primären Haushaltsüberschuß. Es handelt sich um einen liberalen Dreifuß, mit einem klaren Ziel: dazu beizutragen, dass eine Regierung an Glaubwürdigkeit gewinnt und an Ansehen vor dem einheimischen und dem internationalen Finanzmarkt.
51. Der liberale wirtschaftliche Dreifuß versucht also den Regierungen die Fähigkeit zu entziehen, durch Maßnahmen in den Bereichen der Währungs-, Wechsel- und Steuerpolitik in die Wirtschaft einzugreifen. Die Währungspolitik wird einer autonomen Zentralbank „überlassen“. Die Steuerpolitik wird entwertet, da die primären Überschussziele die Regierung daran hindern, öffentliche Mittel für Investitionen oder sozialen Programmen zu Verfügung zu stellen. Die finanzielle Liberalisierung, indem sie eine unbegrenzte Anzahl von Transaktionen mit dem Ausland zulässt, schwächt die Wechselpolitik, indem die Reserven der Zentralbank immer ungenügend sein werden um der Feuerkraft der nationalen und internationalen Finanzmärkte zu widerstehen.
52. Darüber hinaus zeigen die Theorien, auf die sich das gegenwärtige Wirtschaftsmodell aufbaut, daß die volle Mobilität des Kapitals auch sehr hilfreich ist bei der Aufgabe, auch die Reaktionsfähigkeit einer Regierung im Einsatz von Steuer- und Währungspolitik zu schwächen – dies wird von den Ideologen des neueren liberalen Modells als ein Instrument zur Auferlegung von „Verantwortung“ verstanden. Um den

Wortschatz des Marktes zu gebrauchen: „wir untersagen alles, was uns unverantwortlich vorkommt“. Einerseits wird die Passivität der Regierung als eine Tugend angesehen; andererseits wird der Aktivismus als eine Bedrohung für den Abschluß von Geschäften verstanden, die immer als positiv angesehen werden, unabhängig jeglicher Wertung. Sollte die Regierung den primären Haushaltsüberschuss nicht erreichen, so würde dies als Zeichen gesehen werden, dass ihre Fähigkeit zur Begleichung ihrer Verschuldung abgenommen hat, was zu einer durchschlagenden Kapitalflucht führen würde, gefolgt von einer Währungskrise, wodurch die Regierung zu einem Rückzug gezwungen wäre. Sollte die Zentralbank, aufgrund eines Druckes vonseiten der Regierung oder der Gesellschaft, die Zinssätze so weit herabsetzen, dass sie nicht mehr die Inflationsrate beinhalten und nicht weiter das Risiko belohnen, dass durch die Übernahme von Schuldverschreibungen eines Schwellenlandes entsteht - auch dies würde zu einer durchschlagenden Kapitalflucht führen, gefolgt von einer Währungskrise, wodurch die Regierung ebenfalls zu einem Rückzug gezwungen wäre. Wie schon gesagt, die Lehre dieser liberalen Wirtschaftstheorie zu befolgen bedeutet für eine Regierung den Weg hin zu größerer Glaubwürdigkeit und höherem Ansehen zu gehen. Kurz: eine Regierung mit gefesselten Händen ist eine, die Glaubwürdigkeit und Ansehen genießt.

53. Es wird auch die Vorstellung verbreitet, dass das wirtschaftliche Endziel eines nachhaltigen Wachstums, mitsamt Preisstabilität und einer gerechteren Einkommensverteilung, von einem autonomen Handeln vonseiten des Staates absehen kann, sowie von einer Reaktion vonseiten des Staates durch Einsatz von makroökonomischen Maßnahmen. Der Regierung würde es genügen, Glaubwürdigkeit und Ansehen zu sammeln, das heißt, Mechanismen aufzubauen, um jegliche Art von Bedrohung (insbesondere durch die Regierung selbst) des freien Spiels der Finanzgeschäfte zu neutralisieren. Man glaubt, daß der Markt, frei von den Eingriffen (oder den „Bedrohungen“) der Regierung, alleine imstande ist, eine wunderbare Chemie zu bewerkstelligen: Die reichlich zur Verfügung stehenden kurzfristigen Finanzmittel können in produktive Investitionen verwandelt werden (oder sie können solche anziehen), neue Arbeitsplätze schaffen und sozialen Wohlstand herbeibringen. In anderen Worten, die für Investitionen notwendige Sparquote käme aus dem Ausland, um diese Investitionen zu finanzieren, sowie das Wirtschaftswachstum selbst und die soziale Entwicklung.

Allerdings haben die Regierungen Cardoso und Lula, vom Gesichtspunkt der Finanzmärkte aus betrachtet, dieses Modell nur begrenzt umgesetzt, und waren dadurch nicht berechtigt, dieses Paradies zu genießen.

54. Der primäre Haushaltsüberschuß galt als ungenügend. Er wurde lediglich während des zweiten Mandats Cardosos zu einem Regierungsziel. Während der Regierung Lula wurde er von 3,75% des Bruttosozialprodukts auf 4,25% erhöht. In der Praxis lag er über 4,5%. Die Experten des Finanzmarkts wollen mehr: 6%, 7%, oder gar einen Überschuß in genügender Höhe, um das nominale Defizit auf Null zu bringen. Dies bedeutet also, dass trotz der immensen Opfer, die von der Regierung durch Beschneidung der öffentlichen Aufgaben geleistet werden, man noch weit entfernt von dem für die Finanzinteressen idealem Ziel ist.
55. Sollte sogar der Vorschlag des Abgeordneten Antonio Delfim Netto, eines „nominalen Nulldefizits“, verwirklicht werden, so gäbe es weiterhin noch viel zu tun. Das unter dieser neuen fiskalischen Justierung ideale wäre eine Senkung der Steuerlast für Großunternehmen, da sie vermeintlich Arbeitsplätze schaffen und ausländische Ersparnisse an das Land herbeilocken. Bei einer geringeren Steuereinnahme müssten weitere Ausgaben gekürzt werden, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Das Endziel einer liberalen Steuerpolitik ist jedoch nicht nur ein gleichgewichtiger Haushalt – etwas, was man unter gewissen Umständen als positiv ansehen könnte – sondern auch ein *niedriger* Haushalt. Somit wird eine Regierung, selbst wenn sie ein Defizit erzeugt, um auf eine widrige Konjunktur zu reagieren, immer über eine beschränkte Feuerkraft verfügen.
56. Während der Regierung Cardoso hatte die Zentralbank Angst, den Wechselkurs fluktuieren zu lassen. Sie versuchte den Kurs des Dollars zu beeinflussen, sei es durch den Verkauf von Reserven, durch das Angebot von an die Schwankungen des Wechselkurses gebundene Schuldverschreibungen, oder durch Erhöhung der Leitzinsen, um fremdes Kapital anzuziehen oder Kapitalflucht zu vermeiden. Während der Regierung Lula, insbesondere in den letzten zwölf Monaten, kam man dem, was von den Finanzmärkten gewünscht wird, sehr nahe. Der Dollar fluktuiert freier, tendenziell meistens nach unten, wodurch finanzielle Investitionen in Brasilien aufgewertet werden. In diesem Bereich traf die Regierung Lula auch andere Maßnahmen, die den Lob der

Finanzstrategen verdienten. Es wurde eine Reihe von Normen für den Devisenverkehr herausgebracht, um die Freiheit der Kapitalflüsse zu gewährleisten, dabei insgeheim Initiativen fördernd, um die Änderung der Gesetzgebung herbeizuführen, die derzeit die Exporteure noch dazu zwingt, die Dollareinnahmen im Inland einzuwechseln. Es geht um die Weiterführung der Exportförderungen, wobei die Exporteure ihre Einnahmen auf Konten im Ausland ruhen lassen könnten.

57. Die Regierung Cardoso hatte sich auch als unfähig erwiesen, größer angelegte institutionelle Reformen durchzusetzen (Reform des Rentenwesens oder der Konkursgesetzgebung usw.), die zur Ergänzung des makroökonomischen Modells vonnöten waren. Vom Gesichtspunkt des Marktes war es erforderlich, das Modell Cardosos zu vertiefen, also viel mehr zu tun, als das, was bisher getan worden war. Man meinte damit Kontinuität und Vertiefung, keinesfalls einen alternativen Plan, wie er von der Gesellschaft gewünscht wurde, die ihre Stimmen 2002 zugunsten von größeren Veränderungen abgab. Kurz, die Finanzmärkte schätzten die Regierung Cardoso als wohlmeinend ein, als sei sie auf dem guten Weg gewesen, aber eher ohnmächtig. Die Regierung Lula machte auch im Bereich der Reformen Fortschritte. Durch die Reform des Rentenwesens wurde versucht, die Auslagen zu reduzieren – also Rechte der Arbeitnehmer abzubauen –, und durch ein neues Konkursgesetz wurde der Zugang der Belegschaft eines in Konkurs gegangenen Unternehmens zum Vermögen der Konkursmasse eingeschränkt. Das Projekt über die Autonomie der Zentralbank befand sich schon in einer fortgeschrittenen Entwicklungsphase im Finanzministerium, so wie auch die politischen Vorgespräche im Senat zwecks Durchsetzung dieses Gesetzes weit fortgeschritten waren. Allerdings besetzte die Agenda der politischen Krise den Raum der konservativen Reformen innerhalb der Tagesordnung des Parlaments.

58. Zusammenfassend: Der Prozess zur Gewinnung von Glaubwürdigkeit und Ansehen auf den internationalen Märkten ist unendlich. Die Märkte sind anspruchsvoll und unersättlich in bezug auf die Verhaltensweise von Regierungen. Der von dem gegenwärtigen Wirtschaftsmodell vorgezeichnete Weg kennt also weder ein Zurück noch ein Ende. Er ist irreversibel und ewig! Schon 2003 bekräftigte der bekannte konservative Volkswirt Sebastian Edwards, dass diese Bahn lang und unendlich sei, „die beiden jetzigen Reformen – Renten und Steuer –

sind lediglich der Anfang. Mit diesen beiden kommt man dem Ende dieses Prozesses keinesfalls in die Nähe". (Interview, veröffentlicht in *Valor*, 2.6.2003.)

59. Es ist nun an der Zeit, einiges von dem bisher gesagten, zu kommentieren. Sobald das liberale Wirtschaftsmodell die erwarteten Ergebnisse bringt (z. B., wenn die Inflation nur durch Erhöhung der Zinssätze unter Kontrolle gebracht wird), kommt man unmittelbar zu dem Schluß, dass alles in Ordnung sei, und dass der richtige Weg eingeschlagen wurde. Wenn aber die erwarteten Ergebnisse nicht eintreten, dann liegt die Schuld meistens an externen (die terroristischen Attentate im September 2001, z. B.) oder internen (die Dürre im Jahre 2000, die zur Stromrationierung führte) Mißständen. Oder es wird behauptet, das Modell sei unvollständig angewandt worden (die „strukturellen“ Reformen seien nicht durchgeführt worden). So oder so ist die Schlußfolgerung immer die gleiche: Das Modell muß erhalten bleiben (man wartet darauf, dass die Welt wieder „normal“ wird) und vertieft werden (über die Durchführung der konservativen Reformen). Wurden die Prämissen einmal akzeptiert, ist das Modell unentrinnbar.
60. Im Sprachgebrauch Poppers ist die Erfahrung mit der Anwendung des liberalen Wirtschaftsmodells nicht eine wissenschaftliche, da sie nicht der Widerlegung unterworfen ist, das heißt, die Prüfung durch die Realität vermag nicht das Modell zu verwerfen. Die Lösung des Experiments ist immer die gleiche: Es gilt, *das Modell zu vertiefen*, sei es, weil es die erwarteten Ergebnisse bringt, sei es, weil es die erwarteten Ergebnisse *noch* nicht bringt. Also kommt die Akzeptanz des Modells durch ein Glaubensbekenntnis zustande, durch eine rein ideologische Option. Ein solcher ideologischer Purismus erkennt durchaus, dass die Einschnitte in den Auslagen, die Reformen, die zu einem Abbau der rechtlichen Errungenschaften der Arbeitnehmer führen, sowie die überhöhten Zinssätze, der Gegenwart ein zu hohes Opfer abverlangen. Aber dieser ideologische Purismus verkündigt auch, dass, je höher das Opfer heute, desto größer die Wonne im künftigen Paradies. Also, desto reichlicher und nachhaltiger die Wachstumsraten, desto tugendhafter der begangenen Weg. Diese *kurzfristige Periode* ist der Platz für die Läuterung der Seelen der Gerechten, bevor sie *langfristig* in die Seligkeit aufgenommen werden. Die grundsätzliche

Vorstellung ist, dass der gesegnete Weg im Fegefeuer anfängt und im Himmel endet, wo die Seelen der Gerechten auf immer und ewig ruhen werden.

61. Die Wahl eines jeden wirtschaftspolitischen Plans wird aufgrund von Erwägungen der Kosten und Nutzen für die Regierung getroffen, und für die diversen Segmente der Gesellschaft. So wurden z. B. die Chancen der Wiederwahl des Präsidenten erwogen, die Schwierigkeiten beim Regieren (aufgrund des Drucks innerhalb und außerhalb des Kongresses), die politischen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit usw. Vielen Variablen wurden auf die Waagschale gelegt. Diese Rechnung wurde von Präsident Lula im Jahr 2002 gemacht. Präsident Lula wußte welche Kosten und welchen Nutzen seine Option für den Weg durchs Fegefeuer ins Paradies bringen würde. Wenn diese Politik kontraktiv ist, mit einem Primärüberschuß von über 4,5% des Bruttosozialprodukts und extrem hohen Zinssätzen, so würde das Ergebnis notwendigerweise die Erhaltung einer hohen Arbeitslosigkeit sein, die Gewährung von sehr geringen Gehaltsaufbesserungen an die öffentlichen Bediensteten, die Begrenzung der sozialen Programmen und die drastische Verringerung der öffentlichen Investitionen. So wußte die Regierung, dass sie die politischen Kosten der Unzufriedenheit großer Teile ihrer historischen Anhängerschaft und ihrer politisch bewußteren Wähler tragen würde. Das, womit man bei diesem Kalkül nicht rechnen konnte, waren die Passiva der politischen Krise.
62. Der durch die Option für eine liberale Wirtschaftspolitik erbrachte Nutzen bestand in den lobenden Äußerungen der konservativen Meinungsbilder und des Internationalen Währungsfonds, sowie in der Anerkennung der „Kompetenz und Ernsthaftigkeit“ der Regierung vonseiten der internen und internationalen Finanzmärkten. Die Unterstützung durch diese Märkte ging über den bloßen Lob hinaus. Sie reduzierte die Volatilität der Wechselkurse, sowie das sogenannte Länderrisiko, da die Regierung beweisen konnte, dass sie keine Bedrohung für den freien Kapitalfluß bedeutet, dass sie das Finanzkapital mit adäquaten Erträgen belohnt und dass sie weiterhin Beweise ihrer Fähigkeit den öffentlichen Schuldendienst zu zahlen vorlegt.
63. Eine solche Kosten-Nutzen-Analyse wurde sicherlich von Präsident Lula unternommen. In Anbetracht ihrer Ergebnisse, optierte der

Präsident zugunsten eines Zusatzprojekts, das sich als komplementär zu den Leistungen des Wirtschaftsteams unter Präsident Cardoso – der damalige Präsident der Zentralbank, Armínio Fraga, und der damalige Finanzminister, Pedro Malan – auswirken sollte. Die Option Lulas führte dazu, dass sich die Blicke der Regierung auf die Finanzmärkte wendeten. In der Praxis führte dies dazu, dass die Regierung die Höhe des sogenannten Länderrisikos und die Ziele der variablen Haushaltsüberschüsse als wichtiger empfand, als die Arbeitslosenrate.

64. Präsident Lula, sein Finanzminister Antonio Palocci und der Präsident der Zentralbank, Henrique Meirelles, begeistern sich mit der Verringerung des Länderrisikos und des Dollarkurses, sagen aber nichts zu solchen Variablen wie Arbeitsplätze und Einkommen. Die wichtigste historische Fahne der PT, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wurde vergessen. Die Rede des Präsidenten Lula bei einer Messe am 1. Mai 2003, vier Monate nach seiner Amtsübernahme, war erstaunlich. Er sprach die Arbeitnehmer an als seien sie Bankiers. Seine Ansprache veranschaulichte sehr deutlich seine Option zugunsten der finanziellen Aspekte der Wirtschaft: „Als wir die Wahlen gewannen, sagten einige Personen: Jetzt wird der Dollar auf fünf Reais steigen, das Länderrisiko Brasiliens wird zehntausend Punkte erreichen, die PT wird nicht imstande sein, die Wirtschaft unter Kontrolle zu halten. Wir haben eine Milliarde Dollar in Schuldverschreibungen zum Verkauf offeriert, und es kamen sechs Milliarden Dollar an Kaufangeboten. Das heißt, dass wir die Glaubwürdigkeit errungen haben, die wir erringen mussten.“ (Zitiert nach der Kolumne von Clóvis Rossi in der Zeitung *Folha de São Paulo*, 3.5.2003).

65. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die moderne kapitalistische Welt durch wiederholte Finanz- und Währungskrisen gekennzeichnet ist, die, aufgrund der großen Mobilität des Kapitals, auch fern von ihren Ursprungsorten Auswirkungen haben. Dieses zeitgenössische Merkmal bedeutet in der Tat eine Bedrohung für die makroökonomische Stabilität Brasiliens. Es ist bedauernd, aber das derzeit in Brasilien praktizierte Wirtschaftsmodell liefert das Land solchen Schocks aus – wie es auch zahlreiche Experten behaupten, darunter der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz.

66. Der wirtschaftliche Erfolg der Regierung Lula (ein Synonym für die Wiederholung des von seinem Vorgänger aufgebauten Kontextes) hing also

von der Laune der internen und internationalen Finanzmärkten ab. Da es nirgendwo auf dem Planeten in dieser Zeit zu nennenswerten Erschütterungen kam, hatte Lula großes Glück. Er war imstande ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3% des Bruttosozialprodukts während der ersten drei Jahre seiner Amtszeit zu erreichen (glaubt man den optimistischeren Voraussagen, sollte das Wachstum im Jahr 2005 3,6% erreichen). Fernando Henrique Cardoso hatte auf das gleiche Modell gesetzt, aber die Realität war ihm nicht so hold, denn er hatte verschiedene Währungskrisen zu bewältigen. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum während seiner Amtszeit betrug 2,5% von 1995 bis 1998, und 2,1% von 1999 bis 2002. Diese Zahlen sind ein guter Indikator von dem, was das liberale Wirtschaftsmodell leisten kann: Für die brasilianische Realität unzufrieden stellende Wachstumsraten, sowohl in einem Szenario der internationalen Windstille (Regierung Lula), sei es in einem der Turbulenz (Regierung Cardoso).

67. Warum führte aber die politische Krise zu keiner Wirtschaftskrise? Ist die Wirtschaft in der Tat gepanzert? In bezug auf die unmittelbaren politischen Streitigkeiten, ja. In bezug auf die interne Festigkeit ihrer Fundamente, nein.
68. Die Krise entfernte aus dem Präsidentskabinett und aus den Ministerien die Widerstandskerne gegen den Kontinuumismus und gegen die Vertiefung des Wirtschaftsmodells der Ära Cardoso. Zugegebenermaßen waren diese Kerne schwach, sowohl vom Standpunkt der Kenntnis alternativer Vorschläge, wie von dem der Methoden, die sie einsetzten, um Politik zu machen.
69. Intern, also innerhalb der Regierung und der PT, waren die Kritiker des eingeschlagenen Weges nicht imstande, den wichtigsten Verteidiger des liberalen Modells in diesen Kreisen zu besiegen, den Minister Antonio Palocci. In der Öffentlichkeit widerstanden sie nicht den ersten Schlägen des ersten Verursachers dieser Krise, der Abgeordnete Roberto Jefferson. Während der Chefminister der „Casa Civil“, José Dirceu, den politischen Boden unter den Füßen verlor, bis er zurücktreten mußte, wurde Palocci von der Presse, von Präsident Lula und von den Finanzmärkten aufgewertet. Während das politische Team der Regierung kaputtging, stärkte sich das wirtschaftliche Team. Die politische Krise förderte die Homogenität und vergrößerte die Macht des wirtschaftlichen Teams.

70. Viele Beobachter waren erstaunt darüber, dass, in Anbetracht der Krise, die Börse nicht in die Tiefe und der Dollar nicht in die Höhe ging. Das wirtschaftliche Team führte dieses Ergebnis auf eine vermeintliche Konsolidierung der Fundamente der brasilianischen Wirtschaft zurück. Die Erklärung ist jedoch eine andere. Obwohl sie schwach waren und nur über undeutliche Überzeugungen verfügten, befanden sich die Befürworter eines Widerstands gegen den wirtschaftlichen Kontinuumismus in der *Casa Civil*, in einigen Segmenten der PT und in wenigen Ministerien (z. B., beim Minister der Städte, der vor Kurzem vom Präsidenten entlassen wurde). Dort waren die Gegner der höchsten Zinssätze der Welt, des erhöhten Primärüberschusses, der spekulativen finanziellen Freiheit und des Projektes der Autonomie der Zentralbank zu finden.
71. Die finanziellen Investoren begrüßten den Rücktritt José Dirceus, die vollständige Demoralisierung der PT und die Kabinettsreform, die eine Reihe von neuen, gezähmten und schwachen Ministern brachte, die keinesfalls imstande sein werden, Reformen zu fordern. Die Finanzkapitale fühlten sich (noch) sicherer um Zinsraten in Höhe von jährlich 19,75% zu genießen, bei gleichzeitiger Aufwertung der einheimischen Währung. Das Kapital flüchtet nur wenn es sich bedroht fühlt, sei es in seiner Rentabilität, sei es in seiner Liquidität. Also hat die Stunde der Flucht nicht geschlagen. Die Stunde, die geschlagen hat, ist die, des spekulativen Kapitals: hohe Liquidität plus hohe Rentabilität.
72. Sollte sich die Krise dem Präsidenten nähern, dürften die Märkte unsicher werden, denn Präsident Lula ist der Anker, der das Modell legitimiert. Er ist das Bindeglied zwischen Wirtschaft und Politik. Aus diesem Grunde wiederholt er immer wieder, unermüdlich: „An der Wirtschaftspolitik ändert sich nichts.“
73. Vor der mindesten Möglichkeit einer Kursänderung des Wirtschaftsmodells, durch welche die Rentabilität und/oder die Liquidität der spekulativen Finanzanlagen drastisch beeinträchtigt werden könnten, würde die Kapitalflucht einsetzen. Sie würde auch unter Vorwegnahme künftiger Ereignisse einsetzen, selbst wenn auch Monate bis zu ihrer Verwirklichung vergehen sollten, wie, z. B., bei einem hypothetischen Impeachment des Präsidenten. Wer zuletzt aussteigt, verliert durch die Geldentwertung. Also behält derjenige,

der zuerst flieht, seine Gewinne. Dies ist die individuelle Rationalität, die zur Währungskrise führt. Das Kapital bewegt sich nicht nach den Fakten, denn diese wäre die Logik der Anpassung. Die Logik des spekulativen Kapitals ist die der Vorwegnahme.

74. Hat die Flucht einmal begonnen, so gewinnt sie rasch an Autonomie.

Das Kapital flieht, um der Geldentwertung zuvorzukommen, und diese kommt als Folge der Kapitalflucht. Diese Spirale zwischen Flucht und Entwertung drückt die Dynamik des Kollapses der Wechselkurse aus. Dementsprechend ist die brasilianische Wirtschaft einer neuen Krise ausgesetzt. Dies soll nicht bedeuten, dass sie sofort stattfinden wird; es bedeutet lediglich, dass es eine Wirtschaft ist, die von der Laune der Finanzkapitale kommandiert wird. Es gibt keine Verteidigungsmöglichkeiten: es gibt keine Kontrolle über die Bewegungen des spekulativen Kapitals, die Reserven der Zentralbank sind ungenügend, die Zinssätze sind die höchsten der Welt und die nationale Währung ist überbewertet. Das Szenario ist aufgebaut. Die Verwundbarkeit ist offenkundig. Die Tore sind weit geöffnet. Es fehlt nur noch, dass die Herde Amok läuft.

75. Da das Land in jüngster Zeit Milliarden Dollar an spekulativen Ressourcen aufgenommen hat, und da die brasilianischen Banken über Milliarden Reais verfügen, die sie frei und legal ins Ausland überweisen können, sobald sie dies als sinnvoll erkennen, ist das Land neuen Währungskrisen ausgesetzt, sowie einer drastischen Erhöhung des Länderrisikos und einem abrupten Börsensturz. Die brasilianische Wirtschaft ist weit davon entfernt, gegen spekulative Angriffe gewappnet zu sein. Sie erlebte keine Krisen während der Amtszeit Lulas weil das internationale wirtschaftliche Szenario eine ungewohnte Windstille zeigte.

76. Die Verletzbarkeit der brasilianischen Wirtschaft aufgrund externer Einwirkungen ist wegen der, dem spekulativem Kapital eingeräumten Bewegungsfreiheit, so groß, dass die Ausübung einer realen Demokratie - welche eine unbedingte Transparenz voraussetzt, sowie die Möglichkeit von Untersuchungen, die eventuelle Substitution von Führungskräften und die Neuorientierung der makroökonomischen Ausrichtung - zu drastischen Krisen führen kann. Darin liegt das große Risiko des eingeschlagenen Weges: soziale Forderungen zu frustrieren, zugunsten einer vermeintlichen Verlässlichkeit im Sinne der Märkte.

Zusammenfassung:

- I. Die Krise, die derzeit von der Regierung Lula und von der PT erlebt wird, bedeutet eine strategische Niederlage für die gesamte brasilianische Linke und nimmt zunehmend die Konturen einer tiefgreifenden institutionellen Krise an.
- II. Diese Krise der Linke kam dadurch zustande, dass ein liberales Wirtschaftsmodell übernommen, und dass soziale Praktiken der Korruption angenommen wurden - obwohl Lula eine Möglichkeit einer „Humanisierung“ des brasilianischen Kapitalismus angedeutet hatte, sowie der Einführung einer neuen politischen Praxis.
- III. Die Strategie des liberal-konservativen „dritten Weges“ scheiterte während der fast drei Jahre der Regierung Lula. In der Wirtschaft waren ihre Ergebnisse sehr begrenzt, in der Politik, erbärmlich.
- IV. Die politische Krise ist systemisch. Fast alle Parteien und legislativen Instanzen sind direkt von ihr betroffen, indirekt vielleicht sogar alle Politiker. Wir sind nahe an einer Situation des *¡Que se vayan todos!*.
- V. Weder die politischen Krisen noch die Regierungsübergänge haben das liberale Wirtschaftsmodell erschüttert.
- VI. Das ist der große Erfolg des derzeitigen Wirtschaftsmodells: seine Verewigung, da es von der politischen Arena entfernt wurde, obwohl es im Leben aller Bürger gegenwärtig ist, Tag für Tag, Stunde für Stunde. Diese Kunst der Verbergung der Wirtschaft schädigt der Demokratie, demoralisiert die Wahlen, entpolitisiert den Bürger.
- VII. In Brasilien wurde eine solche Verbergung nur dadurch ermöglicht, dass sich die PT zur reinsten liberalen Orthodoxie bekehrte.
- VIII. So kommt es dazu, dass die Regierung Lula intensiver und tiefgreifender das umsetzt, was in Brasilien schon während der zwei Mandate von Fernando Henrique Cardoso eingeführt worden war.
- IX. Obwohl das Wirtschaftsmodell politisch „gepanzert“ ist, gibt es keine wirtschaftliche „Panzerung“ der Wirtschaft selbst. Es kann zu neuen Währungskrisen kommen, aus dem einfachen Grunde, dass es Mechanismen gibt, welche die legale Flucht von Milliarden Dollar aus dem Land ermöglichen.
- X. Diese Flucht kann jederzeit einsetzen, sobald es dafür genügende interne oder externe Gründe geben sollte.